



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2016, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2016

Statement von Dr. Max Mutschler

Vorsitzender der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte

Internationales Konversionszentrum (BICC)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung betont – unter anderem in ihrem Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr – die Absicht, die Europäisierung der Rüstungsbeschaffung voranzutreiben. Auch deshalb, weil die jeweiligen nationalen Rüstungsindustrien nicht kostengünstig genug produzieren können. In einer solchen Europäisierung liegen auch Chancen für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik; insbesondere dann, wenn diese auch eine Konzentration der europäischen Rüstungsindustrie bedeutet. Eine Verringerung der Produktionskapazitäten könnte dazu beitragen, den Exportdruck zu reduzieren.

Fusionen im Rüstungssektor, wie diejenige von Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und der französischen Firma Nexter im Juli 2015, dürfen aber nicht dazu führen, dass die deutschen Rüstungsexportstandards unterschritten bzw. umgangen werden. Wie Beispiele von Zulieferungen deutscher Rüstungskomponenten an französische und britische Unternehmen zeigen, ist dies bereits Realität. Deutschland liefert etwa Artilleriezünder und Teile für Kampfflugzeuge, die in Waffensysteme und Munition integriert und dann nach Saudi-Arabien weiterexportiert werden. Die GKKE bewertet dies als einen klaren Verstoß gegen die deutschen und die europäischen Rüstungsexportkriterien und wiederholt ihre Forderung, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen – einschließlich der Zulieferung von Komponenten.

Die Bundesregierung rechtfertigt diese Praxis mit Verpflichtungen aus internationalen Kooperationsvereinbarungen. Sie nutzt die europäische Rüstungskooperation, um solche Rüstungsexporte zu legitimieren. Dies verdeutlicht, dass einer weiteren Europäisierung der Rüstungsindustrie dringend eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene vorangehen muss. Dabei darf es jedoch nicht unter dem Schlagwort der „Harmonisierung“ zu einer de facto Absenkung der existierenden Standards kommen.
